

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 85 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Katrin Fuchs MdB zur
Notwendigkeit, die Ge-
walt auszutrocknen:
Der Frieden läßt sich
nicht herbeibomben.

Seite 1

Ulrich Maurer MdL zum
Erfordernis, die Zinser-
höhungen zu stoppen:
Geldpolitik der Bun-
desbank bedroht Be-
schäftigung.

Seite 4

Dr. Eike Leonhard MdB
zur Erinnerung an den
Stuttgarter Sozialisten-
Kongreß 1907: "Licht in
die Köpfe bringen und
organisieren"

Seite 5

47. Jahrgang / 157

18. August 1992

Der Frieden läßt sich nicht herbeibomben Zur Notwendigkeit, die Gewalt auszutrocknen

Von Katrin Fuchs MdB
Abrüstungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

I.

Die Bilder des Elends und des Grauens, die uns tagtäglich vom Balkan und dem Horn von Afrika erreichen, gehen unter die Haut. Die internationale Gemeinschaft kann nicht untätig zusehen, wie das grundlegendste Menschenrecht, das Recht auf Leben, millionenfach außer Kraft gesetzt werden.

II.

Doch Vorsicht: Die emotionale Erregung, die uns angesichts dieser Bilder erfaßt, darf nicht dazu führen, daß der abwägende Verstand ausgeschaltet wird. Schnell nehmen Gewalt- und Blitzkriegsphantasien überhand, die zur Lösung der Probleme nichts, zur psychischen Entlastung einiges beitragen. Der Golfkrieg mag den Wunderglauben an "vernichtende Schläge aus der Luft" genährt haben. Für den Bürgerkrieg in Südosteuropa taugen diese Stammtischüberlegungen nicht. Es kommt darauf an, sehr genau und sorgfältig zu prüfen, welche Ziele mit welchen Mitteln erreicht werden sollen.

III.

Entschlossene Hilfe ist nötig in Somalia; die Vorstellung ist unerträglich, daß dort über eine Million Menschen akut vom Hungertod bedroht sind. Die dort stattfindende Katastrophe verlangt eine große, vom UN-Sicherheitsrat koordinierte Rettungsaktion. Die Maßnahmen der Vereinten Nationen und der internationalen Hilfsorganisationen müssen auch finanziell abgesichert werden. Alle Staaten, die bei der UNO in der Kreide stehen, allen voran die USA, sind aufgerufen, unverzüglich ihre erheblichen Schulden zu bezahlen.

Die Kriegsparteien in Somalia haben jetzt dem Einsatz von 500 UN-Blauhelmsoldaten zugestimmt, die die Hilfslieferungen gegen Plünderungen schützen sollen. Nach Meinung der Fachleute wird ein erheblich größeres Kontingent erforderlich sein. Diese Form "polizeilichen" Geleitschutzes für die Lebensmitteltransporte ist nach Lage der Dinge unvermeidlich. Der Einsatz der daran beteiligten Soldaten erfolgt unter der Verantwortung der Vereinten Nationen, er ist begrenzter Natur und eindeutig auf die Sicherung humanitärer Hilfe ausgerichtet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen-Umgebung
mit verschleißfester
Recycling-Papier



Die jetzt eingerichtete Luftbrücke der UNO kommt sehr spät, für zehntausende zu spät. Sie reicht noch lange nicht aus, um allen Hungernden zu helfen. Wann faßt der UN-Sicherheitsrat Beschlüsse über eine große Hilfsaktion zur Rettung von Somalia? UN-Generalsekretär Boutros-Ghali hat völlig recht, wenn er das unzureichende Engagement der reichen Industrienationen in diesem Konflikt "jenseits von Europa" beklagt. Das Interesse der westlichen Staaten an jenem Teil von Afrika scheint gering.

IV.

Beschlüsse gefaßt hat der UN-Sicherheitsrat zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Zur Sicherung humanitärer Hilfe sollen "alle notwendigen Maßnahmen" ergriffen werden. Noch ist unklar, welche Bedeutung Rückgriff auf die "Golfkriegsformel" hat. IN manchen Szenarien ist der Einsatz von hunderttausend Soldaten geplant. Problematisch ist allemal, daß die Pauschalformel es ins Belieben der ausführenden (militärischen) Mächte stellt, welche Maßnahmen ergriffen werden. Wer soll also diese Einsätze leiten?

Operationspläne zur Durchsetzung dieser Maßnahmen werden derzeit von NATO- und WEU-Stäben ausgearbeitet; ihre Ausführung würde unter der Regie der NATO und der WEU folgen. Dabei spielt es keine Rolle, unter welchem Etikett die Aktion laufen wird. Der damalige NATO-Oberbefehlshaber James Galvin sprach im März 1992 von der "Koalition der Bereitwilligen", die in solchen Fällen in Aktion treten könne. Die NATO beziehungsweise die WEU halten die Fäden in der Hand, müssen aber, da ein Kampfeinsatz in Jugoslawien weder durch den Nordatlantik-Vertrag noch durch den Brüsseler Vertrag der WEU gedeckt ist, offiziell im Hintergrund bleiben. Erzähle niemand, diese Militärbündnisse verfolgten nur philanthropische Zwecke. Den Generalsekretär der WEU drängt es schon lange danach zu beweisen, über welche "Kapazitäten" des Krisenmanagements die WEU verfügt. Die militärischen Bündnisse sind um Nachweise für ihre Existenzberechtigung nach dem Kalten Krieg bemüht. Militärisch intervenieren wollen auch islamische Staaten unter Führung des Iran und die Türkei. Und dabei soll es ausschließlich um Menschenrechte auf dem Balkan gehen?

Es darf auch nicht übersehen werden, daß zahlreiche Stimmen aus Politiker- und Militärkreisen des Westens und in den Medien, die militärische Sicherung der Lebensmittelhilfe nur als Vorstufe für umfassenderes gewaltsames Eingreifen sehen. Diese Konstellation birgt schon fast die Gewähr, daß die geplante Intervention mit der Vorgabe humanitärer Hilfe zur Eskalation beiträgt. Daher muß auf alle Fälle verhindert werden, daß die UN-Resolution zu einer Blankovollmacht für militärische Interventionen wird.

Es klingt auf den ersten Blick plausibel, wenn gesagt wird, um Hungertod und Blutvergießen zu verhindern müsse die zivilisierte Welt gegebenenfalls auch zu militärischen Zwangsmaßnahmen greifen. Doch die Kriterien, ob solche Interventionen sinnvoll sind, bleiben:

- * Wird der jeweilige Konflikt dadurch weiter eskaliert oder abgeschwächt?
- * Welche Opfer kostet ein solcher Einsatz? In welchem Verhältnis stehen also Zweck und Mittel?
- * Sind wirklich alle zur Verfügung stehenden Mittel ziviler Konfliktbeilegung genutzt worden?
- * Kann militärisches Eingreifen überhaupt eine dauerhafte Friedensordnung herstellen oder blockiert es politische Konfliktlösungen?

Was den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien angeht, können diese Fragen recht eindeutig beantwortet werden:

- Ein militärischer Schutz von Hilfsgütertransporten auch auf dem Balkan ist eine heikle Sache, militärische Fachleute haben dringend abgeraten. Die Gefahr der Eskalation ist hoch. "Der Balkan ist politisch ein Sumpf, in den man nicht mit Militärstiefeln hineinstapfen soll." (General a.D. Gerd Schmückle)
- Eine militärische Intervention würde unweigerlich immense Opfer unter der Zivilbevölkerung hervorrufen. Gerade im dortigen Krieg lassen sich die Fronten nicht exakt bestimmen, kann nicht eindeutig zwischen militärischen Zielen und Wohngebieten unterschieden werden.

- Die Staatengemeinschaft war bisher nicht in der Lage, ein konsequentes Embargo gegen Serbien durchzuführen. Die völlige Abriegelung Rest-Jugoslawiens auch und gerade an den Landgrenzen hätte längst erfolgen müssen. Dieses Versagen der Politik würde wieder einmal durch den Einsatz des militärischen Knüppels kompensiert werden. Und wieder würden Zivilisten, "die einfachen Soldaten" und ihre Familien die Leidtragenden sein.
- Eine Friedensordnung auf dem Balkan läßt sich nicht herbeibomben. Nationalchauvinistischer Wahn und Gewaltrausch würden nur noch befeuert werden. Wie soll auf dieser Basis ein friedliches Zusammenleben der Völker auf dem Balkan erreicht werden können?

VI.

Es ist an der Zeit, daß die Bedingungen und Kriterien für humanitäre Interventionen sauber herausgearbeitet werden:

- Humanitäre Hilfe muß unterschiedslos gewährt werden. Lebensmittelhilfe auf dem Balkan muß in die eingeschlossenen Städte und die Gefangenenlager gebracht werden. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um Lager der Serben, der Kroaten oder der Muslime handelt.
- Humanitäre Hilfe muß von den Institutionen durchgeführt werden, die in den Konflikten am wenigsten "Partei" oder "Interessenvertreter" sind. Dafür kommen nur die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen in Betracht. Das heißt aber auch, daß die vor allem im Golfkrieg erfolgte Instrumentalisierung der UN äußerst schädlich ist und künftig verhindert werden muß. Die UNO muß, statt "Kriegspartei" zu werden, jederzeit ihre Rolle als Mittler- und Schlichter wahrnehmen können. Dies berührt nicht die Notwendigkeit, Aggressionen mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen entgegenzutreten.
- Es muß alles getan werden, um die humanitären Hilfsaktionen im Einvernehmen mit allen Konfliktparteien durchzuführen. Im konkreten Fall gibt es das Angebot der Belgrader Regierung und des führenden serbischen Politikers in Bosnien Karadzic, "die freie Durchfahrt von Hilfskonvois vom Belgrader Flughafen bis Sarajewo" zu garantieren. Es ist zweifelhaft, ob damit Angriffe auf Lastwagenkonvois verhindert werden können. Aber die Eskalationsrisiken können durch solche Absprachen gemindert werden. Außerdem ergäbe sich eine gravierende Eingrenzung der militärisch-politischen Ziele: es macht eben einen großen Unterschied, ob diese Konvois gegen terroristische Tschetniks geschützt werden, oder ob mitgeführte Truppen en passant die Aufgabe haben, "serbische Stellungen auszuräumen".
- Humanitäre Hilfe muß möglichst universell durchgeführt werden. Es darf dafür keine unterschiedlichen Zonen auf dem Globus geben. Sie ist nur dann glaubhaft, wenn ihre Anwendung nicht von macht- oder wirtschaftspolitischem Interessenkalkül abhängig ist. Gerade davon sind wir noch Lichtjahre entfernt.

VII.

Ist es Zufall, daß die Befürworter gewaltsamer Intervention auf dem Balkan oft von einem schlichten Bild dieses Konflikts ausgehen? Die zivilisierten Christen auf der einen und die bösen Slawen auf der anderen Seite. Dieses primitive antiserbische Feindbild wird leider im Großteil der deutschen Öffentlichkeit unesehen übernommen. Es ist dann nur konsequent, wenn das Ziel proklamiert wird, den serbischen Aggressor niederzuwerfen ("Serbien in die Knie zwingen", wie unser säbeirassender Außenminister sagt), der Rest erledigt sich von selbst. Daß Serben die Hauptverantwortung für den blutigen Krieg tragen, ist eindeutig. Aber vergessen wir nicht, daß die serbische Gewalt auch durch die (freilich legitimen) Sezessionen Kroatiens und Bosniens ausgelöst wurden. Die Unabhängigkeit dieser Staaten wird vor allem von den dort lebenden serbischen Minderheiten als existenzbedrohend empfunden. Der Westen hat zu wenig getan, um diesen Ängsten wirkungsvoll zu begegnen und Sicherheitsgarantien für diese Minderheiten zu erreichen. Zu der großen 'Jugoslawien-Konferenz', die Ende August in London stattfinden wird, sollten auch Vertreter der sogenannten Bundesrepublik Jugoslawien eingeladen werden. Es ist völlig unverständlich, daß das Auswärtige Amt sich Pressemeldungen zufolge gegen eine solche Teilnahme sperrt. Was verspricht sich Herr Kinkel von einem "Unterwerfungsfrieden"? Hat er im Geschichtsunterricht gefehlt?

Die jüngsten serbischen Vorschläge über einen Gefangenenaustausch, über die Auflösung der Lager und die Einrichtung von Hilfskorridoren, über die Überstellung der Flughäfen und der schweren Waffen unter internationale Kontrolle sind verhandlungswürdig.

VIII.

Um ein Ende der Gewalt zu erreichen, muß es vor allem auch darum gehen, die Stämme des vernünftigen und friedlichen Serbiens zu stärken. Die vorhandene Opposition gegen den Krieg muß energisch unterstützt, positive Signale aus der Staatsführung der "Bundesrepublik Jugoslawien" müssen aufgegriffen werden. Ein militärisches Eingreifen von außen würde das Gegenteil bewirken: der "Solidarisierungszwang" unter den Serben würde übermächtig. Die Niederwerfung Serbiens mag militärisch erreichbar sein, die Geschichte lehrt, daß sich darauf kein dauerhafter Friede gründen läßt.

IX.

Die gegenwärtigen Konflikte werden als Beleg herangezogen, wie wichtig Militär und Waffen in absehbarer Zukunft seien. Das Gegenteil ist richtig. Ohne die umfangreichen Waffenlieferungen aus den Hauptindustrielländern wäre der grauenvolle Bürgerkrieg in Somalia nicht denkbar. Und ist nicht der Krieg auf dem Balkan der schlagende Beweis dafür, daß politische Konflikte nicht mit Waffengewalt gelöst werden können?

Doch immer noch werden mit dem Export von Rüstung flotte Geschäfte gemacht; verantwortungslose Politiker wollen sogar in das Kriegsgebiet im ehemaligen Jugoslawien Waffen pumpen. Dabei gelangen immer noch genug Waffen aus "dritter Hand" dorthin. Die "Süddeutsche Zeitung" hat am 11. August unter der Überschrift "In Jugoslawien floriert das Geschäft mit dem Tod" berichtet, daß Waffenhändler und Firmen sich dabei vor allem aus den riesigen Beständen der ehemaligen Ostblock-Streitkräfte bedienen. Wenn zu Recht von der Notwendigkeit gesprochen wird, den Krieg auszutrocknen, dann muß das Geschäft mit todbringenden Waffen endlich unterbunden werden.

(-/18. August 1992/rs/fr)

Geldpolitik der Bundesbank bedroht Beschäftigung
Zum Erfordernis, die Zinserhöhung zu stoppen

Von Ulrich Maurer MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg

Die einseitige Geldpolitik der Bundesbank wird zu einer immer größeren Gefahr für Konjunktur und Beschäftigung. Sichtbarstes Zeichen hierfür ist das Drehen an der Zinsschraube bis zum Diskontsatz von 8,75 Prozent auf das höchste Niveau seit 60 Jahren - mit allen negativen Auswirkungen auf Aktien, Devisenmarkt, Export, Hypothekenkredite und Verbrauchernachfrage. Dies ist ein Spiel mit dem Feuer, dem die Politik nicht länger tatenlos zusehen darf.

Die Folgen der letzten Diskontsatz-Erhöhung werden sehr rasch auf das gesamte Wirtschafts- und Arbeitsleben durchschlagen. Wenn nämlich Überziehungskredite mehr als 15 Prozent, Teilzahlungskredite etwa 18 Prozent und erstrangig gesicherte Hypothekenkredite ausnahmslos mehr als zehn Prozent Zinsen kosten, dann werden Schwächeanfänge ganzer Branchen unausweichlich. Der gerade angesprungene Wohnungsbau wird genauso abgewürgt wie die Nachfrage nach Konsumgütern. Im Zusammenhang mit weiter erschwerten Exporten - auf Grund zu hoher Preise auf den Dollar-orientierten Absatzmärkten - gerät damit die ohnehin nicht gerade befriedigende Konjunktur in ein gefährliches Trudeln. Nehmen wir dazu die jüngsten Arbeitsmarktdaten, dann zeigt sich in aller Schärfe das Problembündel, vor dem die Gesamtwirtschaft steht: ein massiver Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist programmiert, wenn die Bundesbank weiter allein an Geldmenge und Zinsmargen herumoperiert. Dabei ist auch noch äußerst fraglich, ob sie damit tatsächlich die Inflationstendenzen in den Griff bekommt. Denn zum einen treiben die Zinsen direkt die Preise in die Höhe und zum anderen steht durch

die Mehrwertsteuererhöhung am 1.1.1993 ein weiterer Preisschub schon heute fest.

In dieser Lage ist eine Geschäftspolitik der Bundesbank nötig, die sich wieder an den gesetzlichen Grundlagen orientiert. Trotz ihrer Weisungsunabhängigkeit nämlich ist die Bundesbank verpflichtet, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen (Paragraph 12 des Bundesbankgesetzes). Und für diese Wirtschaftspolitik gilt mehr denn je genau 25 Jahre alte Grundsatz, wie er in Paragraph 1 des Stabilitätsgesetzes formuliert ist: "Die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen."

Es ist kein Wunder, wenn in dieser Lage Maßnahmen gegen die Vinselständigkeit der Geldpolitik verlangt werden. Gelingt es nicht, im Zentralbankrat einen Kurswechsel einzuleiten, dann muß man den Vorschlägen etwa des IG Metall-Vorsitzenden Steinkühler näher treten, die "Rechenschaftspflichten der Bundesbank zu erweitern" und "die gesellschaftlichen Gruppen in Form eines Beirat stärker zu beteiligen", damit den Interessen aller am Wirtschaftsleben Beteiligten - Unternehmen, Arbeitnehmern und Verbraucher - Geltung verschafft werden.

(-/18. August 1992/rs/fr)

"Licht in die Köpfe bringen und organisieren"
Zur Erinnerung an den Stuttgarter Sozialisten-Kongreß 1907

Von Dr. Eike Leonhard MdB

Stuttgart, 18. August 1907. Mit einer Kundgebung, an der 60.000 Menschen teilnehmen, wird der Kongreß der 1889 in Paris gegründeten Zweiten Internationale eröffnet. Zunehmender Militarismus und steigende Kriegsgefahr bestimmen im Wesentlichen die Diskussion der 884 Delegierten aus 25 Ländern. Die Kernfrage lautet: Ist der Massenstreik geeignetes Mittel zur Kriegsverhinderung?

Die Stuttgarter Konferenz findet in einer Phase statt, die den Höhepunkt des Arbeitskampfes in Deutschland markiert: im Jahre 1900 kommt es zu 1.468 Ausständen; mehr als 320.000 Arbeiter nehmen daran teil. 1910 beteiligen sich 681.000 Menschen an 3.228 Streiks zur Verbesserung des Lohnniveaus und der Arbeitsbedingungen.

Bereits im 19. Jahrhundert jedoch ist der Generalstreik als Kampfinstrument der Arbeiterbewegung zur Durchsetzung politischer Forderungen umstritten. Die Kongresse der Zweiten Internationale in Paris (1889) und London (1896) lehnen ihn ebenso ab wie Friedrich Engels und August Bebel, der in Stuttgart erklärt, die Propagierung dieses Kampfmittels werde die Sozialdemokratie in größte Schwierigkeiten und Gefahren stürzen: "Wir können", so Bebel zu der Frage, wie kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden seien, "nichts tun als aufklären, Licht in die Köpfe bringen und organisieren." Nicht zuletzt unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse des Jahres 1905 in Rußland vertrat die Parteilinke unter Führung von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Franz Mehring die Auffassung, ökonomische und politische Kämpfe sei nicht voneinander zu trennen, sondern gingen ineinander über. So schrieb Rosa Luxemburg in ihrem 1906 veröffentlichten Bericht "Massenstreik, Partei und Gewerkschaften": "Der ökonomische Kampf ist das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum anderen, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf." Wo liegt die Wurzel der unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie?

Der reformistische Flügel der SPD, der sich im Verlauf der Revisionismusdebatte um die Jahrhundertwende herausgebildet hatte und mit dem Namen Eduard Bernsteins verbunden ist, verlagerte das Hauptgewicht seiner Aktivitäten zunehmend auf die parlamentarische Ebene. Vertreter der revolutionären linken Strömung suchten demgegenüber nach Möglichkeiten, parlamentarischen und außerparlamentarische Kampf zu verbinden: Sie verstanden den politi-

schen Massenstreik als entscheidendes Mittel, dieses Ziel zu erreichen.

Kritik erfuhr die Haltung der Parteilinken vor allem durch die Gewerkschaften: Sie wollten sich weder der SPD unterstellen noch ihre mit Mühe aufgebaute Organisation gefährden und lehnten daher bei ihrem Kölner Kongreß im Mai 1904 nicht nur den politischen Massenstreik, sondern jede Diskussion des Problems ab. Selbst die vorsichtige Formulierung des Jenaer Parteitages der SPD im darauffolgenden Monat, "die umfassendste Anwendung der Massenarbeits-einstellung" als eines der wirksamsten Kampfmittel zur Verteidigung des Reichstagswahlrechts und des Koalitionsrechts zu betrachten, blieb heftig umstritten. So beschloß der Mannheimer SPD-Parteitag (1906), nunmehr jede offensive Nutzung des Generalstreiks ausschließend, die Massenarbeits-einstellung als geeignetes Abwehrkampfmittel bei einem Anschlag auf das Reichstagswahlrecht und das Koalitionsrecht anzuerkennen. Das Mannheimer Abkommen sah zudem vor, daß über Aktionen, die Partei und Gewerkschaften berührten, nur gemeinsam entschieden werden sollte. Wie stark die Opposition gegen politische Massenstreiks innerhalb der SPD war, belegt eine Maßnahme des Parteivorstandes vom Jahre 1909: die SPD-Führung unterband die Auslieferung der Schrift "Der Weg zur Macht" von Karl Kautsky, in der der einstige Gegenspieler Bernsteins im Revisionismusstreit erneut den Massenstreik als Kampfmittel der Arbeiterbewegung im bevorstehenden "Zeitalter der Revolutionen" nannte.

Stuttgart, 18. August 1907. Entschiedener Widerstand der SPD-Partei-führung läßt auch beim siebten Internationalen Sozialisten-Kongreß den Versuch scheitern, einen Beschluß über die Billigung des politischen Massenstreiks zur Kriegsverhinderung herbeizuführen. Das Zerwürfnis bleibt jedoch aus: die Delegierten einigen sich am Ende der eine Woche dauernden Konferenz auf eine Resolution, in der die sozialistischen Parteien verpflichtet werden, mit allen Kräften gegen weitere Aufrüstung zu kämpfen. Die einstimmig angenommene Entschließung endet mit einem Zusatz, den Lenin, Martow und Rosa Luxemburg beantragten: "Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch Anwendung entsprechender Mittel zu verhindern, die sich je nach Verschärfung des Klassenkampfes und der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern und steigern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, um die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur politischen Aufrüttelung der Volksschichten und zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen."

Sieben Jahre später, am 31. Juli 1914, wird der Kriegs- und Belagerungszustand für das Gebiet des Deutschen Reiches verkündet. Am 4. August tritt der Reichstag zusammen, um über die Bewilligung des ersten Kriegskredits zu entscheiden - die SPD-Fraktion stimmt geschlossen zu. Fraktionsvorsitzender Hugo Haase erklärt vor dem Plenum, für das deutsche Volk gelte es, die Gefahr, die mit einem Sieg des russischen Despotismus verbunden sei, abzuwehren, "die Kultur und die Unabhängigkeit unsres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei in Übereinstimmung mit der Internationale, die das recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie auch wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen."

Die Frage der Kriegskreditbewilligung wird in der Folgezeit die Sozialdemokratie spalten und damit ihren politischen Einfluß erheblich schwächen. Nur sieben Jahre liegen zwischen der Militarismus- und Massenstreikdebatte des Stuttgarter Kongresses und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges: Die Absichtserklärungen der Zweiten Internationale - im Mai 1923 aufgrund der unterschiedlichen Haltungen zum Ersten Weltkrieg aufgelöst - wurden von der politischen Realität Europas eingeholt.

(-/18. August 1992/rs/fr)
